

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
haben in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berlin und Anzeigenabteilung
Geschäftsjahr 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wassernot und Rechtsparteien.

Sie wollen Wasser und Gas noch besteuern!

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität ist bereits in der Vorkriegszeit als eine öffentliche Angelegenheit angesehen worden. Der größte Teil dieser Werke befand sich deshalb in den Händen von Kommunen und Kommunalverbänden. Das Privatkapital hat diese Entwicklung nie gern gesehen und zunächst in den Wirren der Inflation den Versuch gemacht, diese Unternehmungen den Gemeinden zu rauben und für Bettelepfennige zu erwerben.

Nachdem dieser Versuch in den meisten Fällen gescheitert ist, droht nun ein neues Attentat. Die ursprünglichen Steuervorgaben der Reichsregierung sahen auch die Besteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität vor. Unter dem Druck von Ländern und Gemeinden ist das sollen gelassen worden. Trotzdem haben im Steuerauschuß des Reichstags die bürgerlichen Rechtsparteien abermals einen Vorstoß gemacht, auch diese Versorgungsbetriebe der Steuerpflicht zu unterwerfen.

Dieser Vorstoß ist von der Sozialdemokratie erfolgreich abgewehrt worden. Es bleibt bei der Steuerfreiheit der Versorgungsbetriebe und damit bei dem Anreiz, derartige Unternehmungen von öffentlichen Körperschaften betreiben zu lassen. Wie notwendig es ist, daß die Versorgung der Bevölkerung zum Beispiel mit Wasser unter keinen Umständen von dem privatkapitalistischen Profitstreben abhängig ist, zeigt die katastrophale Gefährdung der Wasserversorgung der Bevölkerung in den westlichen Vororten Berlins. Hier dominiert das Charlottenburger Wasserwerk, ein privates Unternehmen, das in den letzten Jahren hohe Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet hat. Dafür aber sind auch seine Wasserpreise so unerschämte hoch und seine Anlagen so ungenügend, daß jetzt die stärksten Befürchtungen für die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung hegeht werden müssen. Vielleicht wäre sogar eine Katastrophe unabwendbar, wenn nicht die städtischen Wasserwerke vorhanden wären und die Versorgung mit übernehmen könnten.

Diese Vorgänge zeigen, wie gefährlich die Absichten der Rechtsparteien auf diesem Gebiet sind. Wo das Privatkapital herrscht, läßt es sich nur leiten von dem Streben nach Profit. Diesem Profitstreben opfert es sogar die geregelte Versorgung mit Wasser, dem Element, dessen Fehlen Leben und Gesundheit der Menschen gefährdet. Steuerpflicht dieser Werke ist der erste Schritt zur Auslieferung an das Privatkapital, dem der zweite Schritt, die Gefährdung der geregelten Versorgung, leicht folgen kann.

Verfägen der privaten Werke.

Es ist wirklich ein unhaltbarer Zustand, daß sich ganze Stadtteile der Weststadt Berlin in Hinsicht auf ihre Wasserversorgung in einer Lage befinden, gegen die die Wasserversorgung des Mittelalters fast als vollkommen bezeichnet werden muß. Die Erhaltung der Charlottenburger Wasserwerke ist alles andere als stichhaltig. Zugestanden, daß der Wasserverbrauch in den westlichen Teilen der Stadt ein wesentlich stärkerer ist als im Vorjahre; ebenfalls zugestanden, daß die Trockenheit von ungewöhnlich langer Dauer ist. Diese Einwirkungen können jedoch nur von mindermem Einfluß sein. Hauptschuld an diesen für die Einwohner fast kaum erträglichen Zuständen, die selbstverständlich auch in sanitärer Beziehung zu den allergrößten Bedenken und Befürchtungen Anlaß geben, trägt die mangelnde Organisation der in Frage kommenden Instanzen der Wasserwerke. Zu scharfer Kritik fordert auch die, höflich gesagt, Bequemlichkeit heraus, mit der die Wasserwerke sich an das Abstellen des Übels gemacht haben. Eine Frage: Warum hat man nicht schon damals, als vor etwa 14 Tagen die ersten Klagen laut wurden, energische Maßnahmen ergriffen? Wurde es soweit kommen, daß halb Berlin unfreiwillig trocken liegt, daß die Aborte verstopft sind, weil auch die notwendigste Wasserzufuhr vollkommen stockt? Die gesundheitliche Gefahr, die durch solche für eine Großstadt unwürdigen Zustände, zumal bei dieser Tropentemperatur besteht, ist gar nicht zu überschätzen. Man kann schon sagen, daß die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke der Bevölkerung sehr viel zumutet. Beschämend ist es vor allem, daß erst Polizeipräsident und Magistrat

kommen mußten, um die so gemütsruhigen Charlottenburger Wasserwerke aus ihrer Latenzlosigkeit aufzurütteln.

Nach allen Berichten hat es den Anschein, als ob an dem Wassermangel nicht nur die herrschende Trockenheit und der übermäßige Verbrauch gewissenloser Gartenbesitzer allein schuld ist. Vielmehr hat es den Anschein, als ob die Wasserwerke A.-G. nicht über die nötigen Betriebsmaschinen verfügt, die auch einem höheren Wasserverbrauch gewachsen sind. Diese Annahme wird noch bestätigt durch die Mitteilung, daß Um- und Neubauten vorgenommen wurden, die selbstverständlich zu einer Runderproduktion führen müssen. In den am härtesten betroffenen Stadtteilen Wilmersdorf und Schöneberg gab es gestern um Mitternacht etwas Wasser. Morgens gegen 6 Uhr setzte der Zufluß dagegen schon wieder aus, so daß die katastrophale Lage nach wie vor unverändert ist.

Die Berliner Wasserwerke A.-G.

teilen uns heute auf eine Anfrage folgendes mit: Der Spitzenkonsum, der den des Vorjahrens hoch übersteigt, verhindert ein Hinaufpressen des Wassers in die obgelegenen Stockwerke der an und für sich schon hochliegenden Stadtteile. Es wird von den Wasserwerken A.-G. ohne weiteres zugegeben, daß die Maschinen, die den Druck auf das Wasser ausüben, ebenso die dortigen Brunnenanlagen unzureichend sind. Doch wenn die Wasserwerke nach ihrer Mitteilung auch auf einen erhöhten Konsum rechnen, den sie nach Erfahrungen des Vorjahres zu bemängigen glaubten, hatten sie nicht auf die vielen wie Pilze aus der Erde wachsenden Siedlungen gerechnet, die gerade diesen Werken angeschlossen sind. In einer heute vormittag in den Wasserwerken stattgefundenen Sitzung, dem ein Vertreter des Polizeipräsidenten und Autoritäten auf sanitärem und hygienischem Gebiete beizumohnen, wurde beschlossen, sofort den Bau neuer Brunnenanlagen in Angriff zu nehmen und den Maschinenpark entsprechend auszubauen. Einige Monate werden natürlich darüber noch verstreichen. Das alles gibt absolut keine Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse. Die Reihe dürfte nun an der Polizei sein, ihr Augenmerk auf den übermäßigen Wasserverbrauch zu richten.

Der städtische Haushaltsauschuß

befasste sich heute morgen von neuem mit den immer bedrohlicher werdenden Zuständen der Wasserversorgung im Gebiet der privaten Charlottenburger Wasserwerke A.-G. Von allen Seiten kam der Unmut darüber zum Ausdruck, daß die private Gesellschaft es offenbar nicht für notwendig hält, die Erweiterungen ihres Betriebes vorzunehmen, die nötig sind, eine glatte Bedienung des Publikums mit Wasser zu garantieren. In einer Publikation der Wasserwerke wird ganz offen zugegeben, daß es nicht an der Dürre, sondern an der mangelnden Leistungsfähigkeit und an der Durchführung von Erneuerungsarbeiten liegt, wenn die Charlottenburger Werke im Gegensatz zu den städtischen Werken nicht funktionieren. Der Haushaltsauschuß beschloß, den Oberbürgermeister Böhm bei den Beratungen hinzuzuziehen. Aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters ging dann hervor, daß die Werke in Charlottenburg offenbar sich scheuen, Erneuerungsarbeiten vorzunehmen, weil sie eine Verlängerung ihrer schwebenden Konzeptionsverträge vornehmen wollen. Von allen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Magistrat die Interessen der Stadt energisch wahrnehmen und auf eine Vereinigung der Wasserversorgung hinarbeiten möge. Die sozialdemokratische Stadivorderparlamentarierfraktion hat einen dementsprechenden Antrag eingereicht, der jedenfalls in der nächsten Sitzung am Donnerstag der kommenden Woche zur Beratung gelangen wird.

Charlottenburg besonders gefährdet.

Erneute Hilferufe kommen aus Charlottenburg. Die Zustände in diesem Stadtteil sind teilweise noch katastrophaler als in den anderen westlichen Vororten. Hier ist es nicht einmal möglich, in den parterre liegenden Räumen Wasser zu erhalten. Die Wasserversorgung hat vollständig ausgefallen. Bis zur Behebung des Wassermangels wird man also auch hier zur Selbsthilfe schreiten und sich notgedrungenemmaßen das Wasser von den Brunnen selbst heranziehen müssen. Eine Besserung würde sofort eintreten, wenn in reichlichem Maße die Riederschläge fallen. Nach Ansicht des amtlichen Wetterdienstes jedoch besteht für die nächste Zeit keine Aussicht auf nennenswerte Regenfälle.

Die Frage der Tiefbrunnen.

Nach weiteren Mitteilungen der Wasserwerke A.-G. besteht die vielfach in der Bevölkerung verbreitete Befürchtung eines völligen Versagens der Tiefbrunnen nicht. Die gleichfalls immer wieder auftauchende Frage, wie sich die Feuerwehr bei größeren Bränden verhalten wird, kann dahingehend beantwortet werden, daß die wohlorganisierte Berliner Feuerwehr über eine genügende Anzahl von Motorspritzen verfügt, die genügend Wasser zum Löschen jedes Brandes hochfördern können.

diese die gewaltigen Lasten in der öffentlichen Schuld unvermindert lassen und in keiner Weise die außerordentlich kritische Situation der staatlichen Finanzen verbessere, um mit allen Mitteln das bereits eingebrachte Gegenprojekt einer Kapitalsabgabe zu vertreten.

„Staffel“-Prozess Nr. 6.

Hamburg, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Schiffbeter Prozess wurde am Mittwochabend gegen 24 Angeklagte der 6. Staffel das Urteil verkündet. Es kam zu Anfang zu einem Zwischenfall. Weil den Angeklagten schon in einer früheren Sitzung das Tragen von Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes untersagt worden war, erschienen sie zur Urteilsverkündung sämtlich mit Blumen geschmückt. Die Sitzung wurde unterbrochen. Inzwischen nahmen die Angeklagten die Blumen ab. Das Urteil, das sehr wesentlich von den Anträgen der Staatsanwaltschaft abwich, verhängt Strafen von 3½ bis 1½ Jahren Festungshaft und verchieden hohe Geldbußen. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen und weiteren zwei eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen.

Die Lage in China.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 9. Juni.

Die Tatsache, daß englische und amerikanische Nachrichtenagenturen den sogenannten Fernen Osten so gut wie völlig monopolisieren, bringt es mit sich, daß die kontinentale Presse, die nicht in der Lage ist, selbst einen ausreichenden Nachrichtendienst zu organisieren, sich hat daran gewöhnen müssen, ihre Leser direkt oder indirekt aus dieser anglo-amerikanischen Quelle zu orientieren. Das ist in den meisten Fällen nicht unmittelbar bedenklich, da zweifellos diese Agenturen, auch wenn sie mehr oder minder offiziös sind, sich von Hause aus einer größeren Objektivität befleißigen als die offiziösen Nachrichtenstellen des Kontinents in allen kritischen Situationen zu tun pflegen. In diesem besonderen Falle aber ist England durch seine Interventionspolitik so sehr Partei, daß die dringende Gefahr einer Irreführung der öffentlichen Meinung Europas besteht.

So ist es notwendiger als je, auch die andere Seite zu Wort kommen zu lassen. Von chinesischer Seite wird Ihrem Korrespondenten die gegenwärtige Situation wie folgt dargestellt:

Die tiefste Ursache der gegenwärtigen Unruhen sind zunächst einmal die fürchterlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeiter, und zwar hauptsächlich in den Industrien, die unter ausländischer Kontrolle stehen, zu arbeiten haben. Dann aber auch der allgemeine Mißbrauch, der mit besonderen Privilegien und Immunitäten von dem ausländischen Imperialismus getrieben worden ist.

Den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch der Unruhen scheint eine Demonstration chinesischer Arbeiter gewesen zu sein, die in einer japanischen Baumwollspinnerei beschäftigt waren. Die Demonstration war ein Protest gegen die Tötung eines Chinesen durch ein japanisches Mitglied des Beamtenkörpers der Fabrik.

Arbeiter und Studenten, die hiergegen demonstrierten und Abhilfe gegen solche Vorkommnisse forderten, wurden beim Durchmarsch durch die Ranking-Road, die sich im Bereich der Britischen Niederlassung befindet, von der Municipalpolizei angegriffen; hierbei wurden sechs Personen getötet und eine größere Anzahl verletzt. Am nächsten Tag wurden drei Personen getötet und eine weitere Anzahl verwundet, am dritten Tag 21 Personen getötet und hunderte verwundet. Die Verletzungen und Todesfälle waren völlig einseitig durchwegs auf der Seite der Demonstranten, die gänzlich unbewaffnet waren.

Nach dem Bericht, den die vom Gemeinderat Schanghai eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Kinderarbeit in Schanghai herausgegeben hat (Juli 1924), beträgt der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters zwischen 16 bis 30 Mark im Monat, was keineswegs auch nur als Existenzminimum bezeichnet werden kann. Weibliche Arbeiter haben nicht einmal die Hälfte des Einkommens der männlichen Arbeiter, ihre Tageslöhne schwanken zwischen 20-50 Pf. Dabei gibt es keinerlei Arbeiterversicherung, Alters-, Invalidenpensionen und dergleichen.

Der Arbeitstag beträgt für Frauen und Kinder ebenso wie für Männer 12 bis 13½ Stunden!

In dem zitierten Bericht heißt es wörtlich:

„Die Kommission hat dafür Beweise, daß Fabrikanten Kinder vom Lande von den Eltern gegen eine monatliche Bezahlung von 8,40 M. für deren volle Arbeitsleistung abdingten. Die Kommission hat festgestellt, daß die Unternehmer aus dieser Kinderarbeit in den Fabriken pro Kind und Monat einen Reingewinn bis zu 17 M. machen konnten. Diese Kinder sind meistens ganz miserabel untergebracht und verpflegt. Sie erhalten über die den Eltern gezahlten 8,40 M. hinaus keinerlei Geld ausgezahlt, so daß ihre Lebensbedingungen praktisch der Sklaverei nahekommen.“

Von den 1740556 in Schanghai in Betrieb befindlichen Spinneln gehören nicht weniger als 967432 Engländern und Amerikanern, aber auch die übrigen arbeiten zum größeren Teil unter der Aufsicht ausländischen Kapitals.

Organisationen im europäischen Sinne kennen die chinesischen Arbeiter erst seit dem Generalstreik von 1919. Bis dahin haben gewerkschaftliche Organisationen mehr dem Namen nach als tatsächlich existiert. Die Organisationsentwicklung erfolgte so, daß sich zuerst die im Handel beschäftigten Arbeiter, und zwar lokal, nach den Straßen, in denen sie beschäftigt waren, zusammenschlossen, während sich die Fabrikarbeiter nach Industrien organisierten.

Unternehmer und Behörden des Fremdenviertels haben sich um die zahlreichen Proteste der Gewerkschaften nicht im geringsten bekümmert, ihre Bureaus waren häufig der Gegenstand von Aktionen der ausländischen Polizei. Völlige Sperrungen von Gewerkschaftsbureaus gehörten nicht zur Seltenheit. Als Vorwand wurde hierfür stets der Kampf gegen den Bolschewismus genommen, jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß von dieser Praxis auch Organisationen betroffen waren, die keineswegs als kommunistisch zu betrachten sind.

Ueber die Geschichte und die allgemeinen Verhältnisse in jenen von den ausländischen Mächten okkupierten Vierteln gibt jede chinesische Seite die folgende Darstellung:

Es handelt sich hier um ausländische Kolonien, die im Gefolge des Opiumkrieges und der Verträge von Peking im Jahre 1842 und von Tientsin 1858 von den Mächten gegen den ausdrücklichen Willen des

Opposition gegen Painlevé-Caillaux.

Scharfer Beschluß der Sozialisten des Nordens.

Paris, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl Caillaux sich in der letzten Sitzung der Finanzkommission der Kammer befreier hat, den Einwänden der Sozialisten gegen sein Sanierungsprogramm in gewissen Punkten Rechnung zu tragen, verstärkt sich die Opposition gegen das Ministerium Painlevé immer mehr. So haben gestern die sozialistischen Verbände des Departements Nord eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die sozialistischen Verbände dem Ministerium Painlevé gegenüber nicht dieselbe Haltung einnehmen können, wie gegenüber dem Ministerium Herriot, da sich Painlevé sichtlich bemühe, die gemäßigtesten Elemente des Senats für sich zu gewinnen. Weiterhin fordert die Resolution die Fraktion auf, bei der Regierung über einen möglichst schnellen Friedensschluß in Marokko zu intervenieren und aufs energischste die von der Regierung eingebrachte Vorlage zur Erhöhung von Steuern zu bekämpfen, da

chinesischen Volkes in Besitz genommen worden sind. Im ganzen sind es 49 solcher Hafenstädte, bzw. Kolonien. Ueber diese Bezirke hat China keinerlei Hoheitsrechte, insbesondere keinerlei Steuerrechte. Chinesen genießen dort keinerlei Staatsbürgerrechte! Hingegen haben die Ausländer dort eine Reihe von Rechten und genießen eine Reihe von Freiheiten, die sich unter den klingenden Namen der Exterritorialität verstecken.

Es gibt in diesen Fremdkolonien eine sogenannte „Municipalverwaltung“, nach chinesischer Auffassung handelt es sich aber hierbei um eine Art von Diktatur von Ausländern, insbesondere der jeweiligen konsularischen Vertretungen. In manchen Kolonien werden in diese Municipalverwaltung auch Eingeborene kooptiert oder zur Verwaltung in beratender Eigenschaft herangezogen. Die chinesische Bevölkerung dieser Gebiete hat aber selbst keinerlei Stimmrecht, hingegen ist sie den ausländischen Verwaltungen steuerpflichtig. Diese ausländischen Bezirke haben ihre eigene Polizei, die zwar zum Teil aus Einheimischen rekrutiert ist, aber unter ausländischen Offizieren steht. Diese Polizeitruppen waren es, die gegen die streikenden und unbewaffneten Arbeiter bei den jüngsten Unruhen zuerst eingesetzt worden sind.

Die Zollpolitik dieser Bezirke wird von den ausländischen Mächten bestimmt, Schutzzölle für ausländische Einfuhrgegenstände sind auf maximal 5 Proz. festgesetzt. Die Washingtoner Konferenz hat seinerzeit eine Erhöhung dieser Einfuhrzölle auf 7½ Proz. versprochen, dieser Beschluß ist jedoch in den verflochtenen drei Jahren nicht durchgeführt worden. Hierdurch ist eine für China bedrohliche Situation geschaffen.

Die Zölle, die wichtigsten Staatseinnahmen, abgesehen von der Salzsteuer, werden von einem Generalinspektorat kontrolliert, dessen Mitglieder verschiedenen Nationen angehören. Die Salzabgabe aber steht unter englischer Kontrolle. Auch die chinesische Währung steht unter ausländischer Kontrolle, und zwar unter der Kontrolle der ausländischen Banken! Diese können in China Banknoten ausgeben, ohne daß die chinesische Regierung in der Lage wäre, dagegen einzuschreiten.

Finanziell wird China von einer Institution beherrscht, die als „Bankenkonsortium“ in Europa bekannt ist. Es ist eine Vereinigung internationaler Banken, und zwar amerikanischer, englischer, französischer und japanischer, die sich aus eigener Machtvollkommenheit zur Ausnutzung der chinesischen Wirtschaft zu einem Konsortium konstruiert haben. Im Jahre 1923 beschloß dies Konsortium, das von keiner chinesischen Regierung offiziell anerkannt worden ist, „an Stelle internationaler finanzieller Konkurrenz internationale Zusammenarbeit in allen China betreffenden finanziellen Fragen“ zu setzen.

Nach der chinesischen Auffassung haben diese internationalen Bankiers seit Jahren China ausgebeutet, die eigene Entwicklung seiner Wirtschaft erschwert und sich auch politisch zu Intrigen hergegeben, um eine einige, einheitliche Regierungsgewalt in China zu verhindern.

Für diese Politik ist es bezeichnend, daß von britischer Seite Fabriken in England selbst geschlossen wurden und wegen des Vorteils der billigeren Arbeit in China dafür eröffnet worden sind. Es ist aber hierdurch unter den chinesischen Kaufleuten ein Zustand der Gegnerschaft gegen den Einkauf britischer Waren entstanden, der anderen Staaten zugute komme. Da Deutschland, Oesterreich und Rußland auf die Rechte der Exterritorialität verzichtet hätten, so sei die natürliche Folge eine chinesische Freundschaft für diese Länder, die auch den Wirtschaften dieser Länder zugute komme.

Abschließend sagt der chinesische Gewährsmann: Es kann als sicher gelten, daß alle von Schanghai und anderen Städten in den letzten Tagen eingetroffenen Telegramme zensurierte Telegramme darstellen. Sie sind deshalb noch

mehr als unter normalen Verhältnissen mit äußerster Vorsicht und Kritik zu lesen. Es wäre aber überhaupt besser, statt von einer „fremdenfeindlichen“ Bewegung von einer Bewegung gegen den „ausländischen Imperialismus in China“ zu sprechen, eine solche Bezeichnung würde den Charakter der Bewegung besser kennzeichnen.

Als Hauptforderung des chinesischen Volkes wird von jener Seite eine sofortige Zurückziehung der Truppen, Marinesoldaten und Kriegsschiffe aus Schanghai und eine Revision der veralteten Verträge bezeichnet, die den Ausländern in China so weitreichende Rechte der Exterritorialität geben.

Sollte sich die chinesische Regierung, die bisher lediglich bei den ausländischen Gesandtschaften und Botschaften protestiert hat, dieser populären Forderungen bemächtigen, so kann man mit außerordentlichen Verwicklungen rechnen. Vermutlich dürfte aber die augenblickliche Schwäche der chinesischen Regierung eine solche Politik noch vereiteln.

Streik der bürgerlichen Abgeordneten.

Sie wollen von der Not der Sparer nichts mehr wissen.

Aus dem Aufwertungsausschuß des Reichstages wird von den bürgerlichen Abgeordneten mitgeteilt, daß man sich angelehnt der außergewöhnlichen Fülle von Zuschriften in Aufwertungsangelegenheiten, die an Mitglieder des Ausschusses gerichtet werden, nicht mehr in der Lage sehe, den übersandten Staff auch nur zu lesen, zumal er doch nicht wesentlich Neues bringe. Die bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses bitten deshalb, von weiteren Zuschriften abzusehen, damit nicht dadurch ihre für die sachlichen Arbeiten aufs äußerste in Anspruch genommenen Kräfte beeinträchtigt werden.

Dieser Stoßseuler, den wir in verschiedenen Blättern finden, ist bezeichnend für die Verlegenheit, in die bürgerlichen Parteien durch ihr Verhalten in der Aufwertungsfrage gekommen sind. Gewiß ist es richtig, daß die Zahl der Zuschriften in der Aufwertungsfrage, die an alle Mitglieder des Aufwertungsausschusses gehen, riesengroß ist. Es mag sich darunter auch manche befinden, deren sachlicher Wert nicht hoch einzuschätzen ist. Bei den allermeisten Zuschriften aber handelt es sich um die Schilderung der bittersten Not der Sparer oder um Entrüstung und Abscheu vor dem Betrug und schlechten Charakterfestigkeit bezüglich zu werden. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Vorwürfe berechtigt sind, und daß der Streik der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten gegen die Not der Sparer nur ein neuer Beweis ist, wie wenig sie gewillt sind, deren Interessen zu wahren.

Holzhandel gegen Siedlung.

Beleidigungsprozess gegen den „Holzmarkt“.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann begann heute vormittag ein Beleidigungsprozess gegen den Herausgeber des „Holzmarktes“, Otto Fernbach, wegen Beleidigung des preussischen Bohlfahrtsministers, des Oberpräsidenten Hörsting sowie der beiden Geschäftsführer der Mitteldeutschen Heimstätten-Gesellschaft, Stromberg und Gerlach, sowie des Holzhändlers Primavesi. Stromberg, Gerlach und Primavesi waren auch als Nebenkläger zugelassen.

Vor Eintritt in die Verhandlung kam der Vorsitzende zunächst auf die Möglichkeit eines Vergleichs zu sprechen. Sowohl Fernbach wie sein Verteidiger gaben darauf die Erklärung ab, daß nicht beabsichtigt gewesen wäre, den preussischen Bohlfahrtsminister und den Oberpräsidenten Hörsting zu beleidigen. Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, ob er also keine moralischen Vorwürfe gegen den Minister und Hörsting habe erheben wollen, erklärte Fernbach, daß ihm das durchaus ferngelegen habe.

Der Intrimitär Artikel in Nr. 44 des „Holzmarktes“ vom 20. Februar 1924 trägt die Ueberschrift „Gemeinnützige Siedlungs-Wirtschaft“ und geht von der Gründung einer Firma Wilhelm Köthe G. m. b. H. in Ragdeburg aus, deren Zweck die Ausführung von Tischlerarbeiten zur Herstellung von Wohnungen

für minderbemittelte Bevölkerungsteile gewesen sei. In diese Gesellschaft habe die Mitteldeutsche Heimstätten-Wohnungsförderungsgesellschaft u. a. 1000 Kubikmeter Kiefern- und Fichtenholzmaterial als Gesellschafter eingebracht. Erster Geschäftsführer der Firma Köthe sei Stromberg gewesen, der gleichzeitig auch Geschäftsführer der Heimstätten-Gesellschaft war. So habe die Heimstätten-Gesellschaft 1000 Festmeter Rundholz von der Forstverwaltung freihändig erhalten, und die Zahlung dafür sei ihr vom Wohlfahrtsministerium gestundet worden. Aus diesem guten Holz habe die Gesellschaft Türen und Fensterholz schneiden und in 98 Waggons nach Ragdeburg transportieren lassen, wo ohne vorherige Trocknung das naß, ungepflegte Holz täglich zu 200 Türen verarbeitet worden sei. Weiter wurde von der Heimstätten-Gesellschaft behauptet, daß sie ihr für Siedlungszwecke geliefert Holz im Freihandel verkauft habe, daß sie es Richtschleuten und dunkelen Elementen zur Pflege und eventuellen Verarbeitung überlassen habe usw.; kurz und gut, daß das gute Holz verschoben worden sei und daß die Siedler, für die das billige Material ursprünglich bestimmt war, gänzlich unbrauchbares Bauholz erhalten hätten. — Die Verhandlung dauert fort.

Kleine Erholung an der Börse.

Aber noch immer unsicher.

Nach der gestrigen Verkaufspanik ist heute eine gewisse Beruhigung an der Börse eingetreten. Im Vormittagsverkehr zwischen den Banken wurden allerdings noch ziemlich schwache Kurse genannt; zu Beginn des offiziellen Verkehrs aber traten auf allen Gebieten Kurssteigerungen von 1 bis 3 Proz. ein, die man auf Deckungen der Börsenspekulation sowie auf ausländische Käufe zurückführte. Ein Eingreifen der Banken war unter diesen Umständen überflüssig.

Biel beachtet wurde das Dementi Dr. Schachts, wonach bei der Wiedergabe seines Interviews für Amerika ein sinnenstehender Druckfehler enthalten sei. Dr. Schacht habe nicht von einem bevorstehenden Zusammenbruch der deutschen Börsen, sondern von einem solchen der Renten gesprochen, wenn der unerhörte politische auswärtige Druck auf die deutsche Wirtschaft fortgesetzt werden würde. Auch sprach man an der Börse von einem bevorstehenden beruhigenden Regierungskommuniqué zur Wirtschaftssage.

Trotzdem aber konnten im weiteren Verlaufe die Anfangskurse nicht ganz behauptet werden. Man erwartet am Einheitsmarkt schwache Kurse, da hier größere aus Exekutionen stammende Angebote vorliegen sollen. Gerüchte sprechen davon, daß sich die amerikanische Standard Oil Company oder die Shell-Gruppe für die Stinneschen Delunternehmungen, insbesondere die Hugo-Stinnes-Riebeck-Montan- und Delwerke interessiere.

Dawes-Zahlung im Mai.

Mitteilung im Unterhaus.

London, 11. Juni. (W.Z.) In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte Guineh, daß die Gesamtsumme, die der Generalagent für Reparationszahlungen auf Grund des Dawes-Planes im Mai erhalten hat, 160 144 943 Goldmark beträgt, wovon auf Rechnung Großbritannien 31 468 901 Goldmark entfallen. Nach den letzten Zahlen betrage die deutsche Besteuerung annähernd 117 Goldmark pro Kopf der Bevölkerung. Auf die Frage, ob § 12b der zweiten Anlage des Teiles VIII des Versailles Friedensvertrages, der eine regelmäßig wiederkehrende Prüfung des deutschen Steuersystems durch die Reparationskommission vorsieht, zur Ausführung gelangt, antwortete Guineh, daß der Dawes-Plan auf der Prüfung des deutschen Steuersystems beruhe und daß, solange Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen auf Grund des Planes erfülle, die Frage nicht akut sei.

Der Abbau der SPD. In der Hamburger Bürgerschaft teilte der Präsident mit, daß die kommunistische Fraktion ein Schreiben an ihn gerichtet habe, wonach Abg. Ruehl (SPD.) aus der Partei ausgeschlossen sei. Dies hängt mit der Abstimmung über die Tarifvorlage für die Hochbahngesellschaft zusammen, wobei Ruehl für den 15-Pfennig-Tarif stimmte.

Hinaus in die Sonne.

Von Kurt Erber.

Mensch, Tier und Pflanze, das gesamte organische Leben unserer Welt ist in Entstehung und Ablauf nur in dauernder Beziehung zur Sonne zu denken. Ohne genügendes Licht gibt es kein Gedeihen von Tier und Pflanze. Nur unter Einwirkung des Sonnenlichtes geht die Chlorophyll- und damit eng verbunden die Kohlenhydratbildung der Pflanze vor sich, sie wächst und grünt. Macht man dagegen den Versuch, ihr nur ungenügend Licht zuzukommen zu lassen, so wird man zwar ein Wachstum resultieren, aber blaß und unkräftig schiebt die Pflanze auf, sie etioziert, d. h. die Pflanze wird durch Entziehung des Lichtes infolge mangelnder Chlorophyllbildung bleichförmig.

Auch der Mensch ist ein Kind der Sonne. Seine Entwicklung kann nur unter dem Einfluß des Lichtes eine vollgültige werden. Schon von altersher, als man noch nichts von dem Vorhandensein und der Wirkung der ultraroten und ultravioletten Strahlen im Sonnenlichte ahnte, hatte man die Einwirkung der fördernden und heilwirkenden Lichtkraft auf den Körper kennen und bewerten gelernt, und in den Lichtkulturen der alten Naturvölker, den Hellenen der Griechen, den Solarien der Römer und den Sonnenheilbergen der alten Germanen sehen wir die große Bedeutung, die man damals dieser Lichtquelle zusprach. Heutzutage weiß man, worauf die den Körper fördernde und heilwirkende Kraft der Sonne beruht. Dank der Spektralanalyse (Kirchhoff) hat man im Sonnenspektrum neben anderen Strahlenarten langwellige ultrarote und kurzwellige ultraviolette Strahlen gefunden, denen man jetzt eine besondere konstitutionelle Wirkung zuschreibt, indem man die ersteren als Wärmestrahlung charakterisiert, während die letzteren chemisch wirken.

Somit ist es verständlich, daß der Körper besser gedeiht, der mehr der Sonne und Wärme ausgesetzt ist, wie ja auch der Mensch, der außerhalb der Großstadtmauer lebt, körperlich ausgedeilter ist gegenüber dem schlamm und lichtungsarm aufwachsenden Großstädter. Denn unter dem Einfluß des Sonnenlichtes geht eine vermehrte Blutbildung vor sich, der Stoffwechsel erhöht sich, und durch vertiefte Atmung wird der respiratorische Gasaustausch gesteigert. Das Allgemeinbefinden hebt sich, und der wettergebräunte Sportsmann ist stets ein Stäubchen im Auge der „Bleichgesichter“. Aber noch ist ein sehr wichtiger Faktor zu berücksichtigen. Das Sonnenlicht übt auch eine bakterienabtödtende Wirkung aus. Es wirkt hemmend und abtötend auf die am und im Körper stehenden Krankheitserreger. Und dabei soll besonders auf die Tuberkulose aufmerksam gemacht werden, der Volkskrankheit, die fast ausschließlich nur durch Luft und Sonne geheilt wird. Ein großer Prozentsatz der Menschen ist, wenn auch nicht ausgesprochen tuberkulös erkrankt, so doch mit Tuberkelbazillen behaftet, die irgendwo auf dem Wege

der Atmung oder Tröpfcheninfektion Einsatz in den Körper fanden und nur auf eine für sie günstige Bedingung (Ertötung usw.) warten, um ihre den Organismus untergrabende Wirkung auszuüben. Dem Widerstand zu leisten und rechtzeitig vorzubeugen, soll Sache eines jeden sein, und die besten Mittel dazu sind ihm durch den Sport gegeben, wo er das, was die Natur ihm bietet, ausgiebig zu seinem eigenen Nutzen verwerten kann. „Denn wenn Natur dich unterweist, dann geht die Seelenkraft dir auf“, sagt unser Altmeister Goethe und darum hinaus in Sonne, Licht und Luft!

Gerüst am Turm. Brausend umstutet das Leben der Lauenhinststraße und des Kurfürstendamms die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Mit ihrer wuchtigen Masse bildet sie einen „würdigen“ Abschluß dieser prägnanten Straßen. Ihr großer Turm streckt sich wie ein warnender Finger zum Himmel, aber die Menschen, die dort unten die Straßen bevölkern und im sorglosen Bummel die Zeit vertreiben, kümmern sich weder um die Kirche noch um den drohenden Turm. Er ist jetzt eingehüllt von einem Gerüst, das ihn wie ein Spinnennetz umfängt. Fest an ihn geklemmt, umhüllt es den Turm, um Wege zu schaffen für die Menschen, die den warnenden Finger an seinen morschen Stellen fassen sollen. Hoch strebt das Gerüst zur Turmspitze; sieben oder acht Leitern aneinandergesteckt, vom Dach der Kirche ausgehend.

Da oben sieht man in der schwindeinden Höhe die Menschen bei der Arbeit. Weiße einmal auf der Straße stehen, inmitten des Stromes der Flirtenden, und blicke hinaus zu den Schaffenden auf den schwankenden Brettern, die im Kampfe um ihr Brot dauernd das Leben einsehen müssen, und du tannst sehen, wie wenig Beachtung „die da oben“ finden. Und wenn schon wirklich einer den Blick nach oben richtet, wendet er ihn schnell wieder weg, denn seine schwachen Nerven können einen solchen Anblick nicht vertragen.

Am Morgen, wenn die dortige Gegend noch in der „wohlverdienten“ Ruhe liegt, kommen die Arbeiter bereits aus dem Norden und Osten der Stadt, wo sie Erholung suchten von ihrem Tagewerk und steigen hinauf zu dem Turm. Nach einiger Zeit erwacht dann auch das Leben dort unten auf den Straßen. Der zufriedene Herr, auf seinem Balkon gegenüber der Kirche, nimmt mit Behagen das Frühstück ein. . . . Wenn die Bogen des Lauenhinstdamms am höchsten schlagen, steigt der Arbeiter herab von seiner schwindenden Höhe auf die Straße, aber in der Gesellschaft, die ihn hier unten umflutet, fühlt er sich nicht wohl — dort oben weht eine reinere Luft.

Einrichtung von Telephonie in deutschen Zügen. Die Leitung der deutschen Reichsbahnen gibt bekannt, daß die Arbeiten für die erste deutsche Strecke, die mit Jugtelephonie ausgerüstet werden soll, rüstig vorwärts schreiten. Es ist dies die Linie Berlin-München. Die Teilstrecke München-Nürnberg wird noch zur Deutschen Verkehrsausstellung in München im Laufe des Monats Juni diese von vielen Seiten erwünschte Verkehrsverbesserung erhalten. Ungefähr zwanzig Ferngespräche können während einer Stunde vom fahrenden Zuge ausgeführt werden. Man zahlt die üblichen Fernspreckgebühren, zu denen geringe Zuschläge kommen.

Ihr Feiertag.

Ermeisset Reuerenz dem Hut, Treudeutsche Frau'n und Männer! Was lange währt, wird endlich gut Am Ahtzehnten des Jänner.

Ganz offiziell, ganz offiziell Wird diesen Tag man feiern Mit Orden, Japanstreich, Appell Und hochgestimmten Leitern.

Und schlägt in „Weimar“ erst ein Loch Der Sempel für die Gimpel, Dann kommt auch, der uns fehlt amoch, Der schwarzweißrote Wimpel.

Woll die Verfassung uns geniert, Mit der wir jetzt noch leben, Wird bald sie „rückwärts residiert“ Von hochfeudalen Krebsen.

Roch öffnen wir nicht das Bissler, Sind so ne bald, bald solche, Doch kommt die Zeit, dann stoßen wir: Von hinten mit dem Dolche.

Man nimmt das Geld der Republik Auf heller und auf Bennis Und denkt dabei: „Sie brech 's Genid! (Wie schön spielt Wilhelm Tennis!)“

Man kommt im Jänner unbedingt Zum preussischen Ton, dem strammern, Und singt, wenn „Deutschland, Deutschland“ kingt, („Heil, Kaiser, dir!“ — in Klammern).

Seremias.

Wann gilt ein Platz im Zuge als befehlt? Sehr viele Reisende, besonders Frauen, die nur hin und wieder eine Bahnfahrt unternehmen, sind der Meinung, einen Platz im Abteil befehlt zu haben, wenn sie einen kleinen Gegenstand, z. B. ein Täschchen, ein Buch oder einige Zeitungen auf den zu referierenden Platz niederlegen. Auf diese Weise ist jedoch nach den Bestimmungen der Reichsbahn ein Platz noch nicht gesichert oder vorbehalten. Als befehlt gilt ein Platz erst dann, wenn darauf ein Gepäckstück oder größeres Kleidungsstück (Mantel, Kleid u. dergl.) niedergelegt worden ist. Neuerdings ist das Besetzen von Sitzplätzen auch in der vierten Wagenklasse erlaubt, was früher nicht gestattet war. — Bei dieser Gelegenheit möge auch erwähnt sein, daß Kinder, für die eine sogenannte halbe Fahrkarte gelöst worden ist, vollen Anspruch auf den Sitzplatz eines Erwachsenen haben. Diese Vergünstigung kommt jedoch bei ganz kleinen Kindern, die noch kostenfrei reisen können, in Fortfall.

Die Gesellschaft Deutscher Bühnengedörigen veranstaltet ihr dies-jähriges Sommerfest, zugunsten ihrer Wohlhabtlassen, am Freitag, den 19. d. Mts., im Lunapark. Das Ballet der Staatsoper wirkt mit. Die besten Operetten-Komponisten werden dirigieren. Die bekanntesten Bühnen- und Film-Stars haben sich zur Verfügung gestellt. Das Publikum wird gefüllt. Der Eintrittspreis beträgt nur 1,50.

Vernehmung Julius Barmats.

Widerlegung von Unwahrheiten.

Heute vormittag 10 Uhr wurde Julius Barmat in seiner Wohnung von dem Vorsitzenden des Preussischen Untersuchungsausschusses, Prof. Dr. Leidig, vernommen. An der Vernehmung nahmen teil: Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Rothmann, in Vertretung der Generalstaatsanwaltschaft der Erste Staatsanwalt Rasch, von der Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Riee, ferner Hausarzt Professor Dr. Lewin und von der Staatsbank zwei Präsidenten, v. Dombos und Schröder, wie die Geheimräte Ruge, Kuhn und Hellwig, außerdem eine Reihe anderer Beamten der Staatsbank, sowie Vertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse.

Barmat berichtete zuerst über sein früheres Leben, über seinen Aufenthalt in Holland und seine erste geschäftliche Betätigung. Die Einzelheiten darüber sind schon wiederholt in den Untersuchungsausschüssen mitgeteilt worden. Seine Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie datieren erst seit dem Frühjahr 1919, nachdem er durch führende Parteigenossen der englischen und der belgischen sozialistischen Parteien mit einigen Führern der deutschen Sozialdemokratie bei Gelegenheit der internationalen Konferenz in Amsterdam bekannt wurde. Er kam dann später nach Berlin, um einen Brief von Hugsman abzugeben, und bei dieser Gelegenheit wurde er dem Reichspräsidenten Ebert in der üblichen Form vorgestellt. Irgendwelche geschäftliche Angelegenheiten sind dabei nicht besprochen worden.

Nachher hat Barmat Ebert nie wieder gesehen.

Die erste Einreiseerlaubnis nach Deutschland hat Barmat durch Nathan, den jetzigen Botschafter in Washington, damaligen Legationsrat im Haag, erhalten. Die deutschen Regierungsstellen hätten sich schon in der kaiserlichen Zeit an Barmat gewandt. Die spätere Ausstellung der Visa ist durch den Staatssekretär Töpfer veranlaßt worden. Zu dem verstorbenen Abgeordneten Krüger habe er keine anderen Beziehungen gehabt, als die eines guten Parteifreundes. Wenn der Zeuge Kommerl behauptet habe, Barmat habe direkte Verbindungen mit Berlin gehabt, durch die er alles, was über ihn gesprochen wurde, sofort erfahre, so stehen die Tatsachen dazu im Widerspruch. Barmat legt ein Originalschreiben des Herrn Kommerl vor, worin er selbst die Kopie eines von ihm nach Berlin gefandten Telegramms Barmat mitteilt. Auch sonst habe Barmat nur das erfahren, was Kommerl ihm freiwillig zu sagen für gut befunden hat. Barmat legt dann weiter das Original eines Schreibens des Prof. Brinmann von der deutschen Gesandtschaft im Haag aus dem Januar 1919 vor, worin dieser ihm sagt, daß er ihm von einer Reise nach Deutschland nicht abraten könne; außer Nahrungsnot und Kälte habe er in Deutschland nichts zu befürchten. Daraus geht hervor, daß Barmat schon damals die Einreiseerlaubnis bekommen konnte, wenn er sie nur haben wollte.

Die Vernehmung wendet sich dann der Frage der Bezahlung der Lieferungen an das Reich zu. Auch hier kann Barmat

durch Vorlegung der Originaldokumente

nachweisen, daß die Verhältnisse ganz anders liegen, als sie bisher von einigen Zeugen dargestellt wurden. Barmat hat die Verträge mit dem Reich auf der Grundlage gemacht, daß er nach Ablieferung der Waren sechs Monatszinsen erhalten sollte. Diese Abzinsen waren gesperrt, sie konnten also weder zu Gelde gemacht, noch irgend wie lombardiert oder diskontiert werden. Daß das nicht geschehen ist, wird auch durch ein Schreiben der Infassbank in Amsterdam ausdrücklich bestätigt. (Der Zeuge Kommerl hatte unter Eid das Gegenteil ausgesagt. Red. d. B.) Die von Barmat eingegangenen Bedingungen sind auch anderen Firmen von den Reichsstellen vorgelegt worden. Keine andere hat sich dazu bereit erklärt, unter den gleichen Bedingungen an das Reich zu liefern.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er seine Geschäfte finanziert habe, erklärt Barmat folgendes: Nachdem er die Verträge mit dem Reich abgeschlossen hatte, schloß er ähnliche Verträge mit seinen Bleisfirmen sowohl in Holland wie in Amerika. Einen Teil des vorausschüsslichen Rechnungsbetrages zahlte Barmat ein, den Rest regulierte er in der selben Weise, wie es das Reich ihm gegenüber tat. Wie die Rückdeckung der Bleisfirmen erfolgte, darüber hat er sich nicht gekümmert. Barmat erwähnt die Tatsache, daß er

im ganzen für 25 Millionen Gulden Waren an das Reich geliefert hat, die er nach sechs Monaten in deutscher Mark, von Sachen sogar erst nach zwölf Monaten bezahlte bekam.

Er habe niemals mit deutscher Mark spekuliert. Auf Grund der Kontrakte habe er auch hin und wieder Kredite erhalten. Wenn ihm gelungen sei, solche Geschäfte durchzuführen, die von allen anderen Firmen abgelehnt wurden, so habe das an seinen guten Beziehungen im Ausland gelegen.

Bei der Besprechung des berühmten Milchgeschäfts wird durch die Vorlage der Verträge, die Barmat mit drei großen Kondensmilchfabriken in Holland abgeschlossen hat, festgestellt, daß sie auf die Lieferung Milch in Büchsen „je 16 Unzen enthaltend“ abgeschlossen waren.

Tatsächlich haben die Reichsstellen die Waren, die von den Fabriken geliefert wurden, abgenommen und in jeder Hinsicht für gut befunden. Die Abnahme ist durch Sachleute der Reichsstellen erfolgt. Erst nachträglich soll sich herausgestellt haben, daß die Büchsen nicht 16, sondern nur 14 Unzen enthielten. Dadurch aber, daß die Sachleute die Milch für gut befunden hatten, war Barmat die Möglichkeit gegeben worden, gegen die Lieferfirmen klagbar vorzugehen. Es scheint also so zu stehen, daß die Beamten und Sachleute, die jetzt behaupten, Barmat habe das Reich betrügen wollen, damals grobe Fehler begangen haben, die jetzt durch Abwälzung der Verantwortung vertuscht werden sollen.

(Schluß folgt in der Morgenausgabe.)

Painlevés Reise nach Marokko.

Die französisch-spanischen Verhandlungen.

Paris, 11. Juni. (U.) Ministerpräsident Painlevé richtete gleich nach seiner Ankunft in Barcelona ein Begrüßungs-telegramm an Primo de Rivera. Pressedirektoren erklärte er, die Reise nach Marokko sei bereits vor zwei Wochen geplant, aber erst jetzt ausgeführt worden, da er durch die Finanzdebatte an Paris gebunden war. Er sei der Ansicht, daß eine Unterhaltung mit dem Marokko Staat ein klareres Bild von der Lage geben würde, wie ein monatelanger Rotenwechsel (zwischen Regierung und General? Red. d. B.). Auch werde Marokko Staat ihm seine Ansicht mitteilen, unter welchen Gesichtspunkten er ein Abkommen mit Spanien für möglich halte. Zum Schluß meinte Painlevé, daß eine Verständigung mit Spanien den baldigen Sieg über die Rüstungen herbeiführen würde. — Gegen sieben Uhr abends landete der Ministerpräsident in Rabat. Er hat den Sultan in Ras besucht. Auf der Rückfahrt soll eine Zwischenlandung in Masaga erfolgen, wo Painlevé mit Primo de Rivera über die Zusammenarbeit Frankreichs mit Spanien in Marokko sprechen wird.

Genf, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Genfer Presse erfährt, hat das spanische Völkerbundmitglied Delaun mit Briand in Genf ein Abkommen über die gemeinsame Arbeit in Marokko abgeschlossen. Es soll hauptsächlich der Unterbindung des Waffenschmuggels und der Durchführung einer strengen Blockade dienen. Ebenso wollen beide Staaten gemeinsam die kommunistische Propaganda überwachen und bekämpfen.

Die Schulmaschine und ihr Gegenstück.

Wenn wir Gelegenheit haben, einen großen Schulfabrikanten zu beobachten, so gewinnen wir den Eindruck einer ungeheuren Maschine, deren Räder tausendfach ineinander greifen. Um 8 Uhr beginnt sie ihre Arbeit, um 1 Uhr steht die Maschine in der Regel wieder still. Den Hauptwert legt sie auf exakte Arbeit. Nach einem Jahr können die Kinder einer Klasse z. B. 20 Bkalsprüche, 5 Kirchenlieder, 30 biblische Geschichten, die Bruchrechnung, 6 Gedichte usw. Die Rekruten lernen im ersten Jahr lesen und schreiben, und wer es nicht lernt, den schiebt die Maschine in die Hilfsklasse ab.

Im Winter kommt aber einmal eine Zeit, da wird die Maschine für 3 Wochen auf Schule und Elternhaus umgestellt. Es findet ein Elternabend statt. Dann erkennt man die Maschine kaum wieder. Ihre Bewegungen scheinen nun nur Vögel und Heiterkeit auszustrahlen. Freilich — nach 3 Wochen ist der Traum vorbei; ernst und düster gehen die Räder dann wieder ihren Gang.

Und wie steht es um die neue Schule? Sie will keine Maschine sein und wehrt sich mit aller Kraft und Leidenschaft dagegen. Sie zählt auch nicht die Sprüche, die die Kinder am Ende des Jahres kennen sollen. Sie will nicht nur für 3 Wochen, sie will das ganze Jahr mit den Eltern zusammenarbeiten. Sie weiß, daß viele Eltern zur Arbeit der Maschine nur geringes Vertrauen haben — die neue Schule will aber mit den Eltern und durch die Eltern und ihre Kinder ein Neues schaffen in gemeinsamer aus der Natur des Kindes schöpfender Arbeit. Und die Liebe zum Kind und zu unserem Volk soll den Segen dazu geben. In dieser Weise will die neue Schule das Band der Einigung für unser schwer geprüftes Volk werden.

Gewiß — es mag bei diesem kühnen Unternehmen auch nicht ohne diesen oder jenen Fehlschlag abgehen. Aber das unterscheidet eben den Adler von den anderen Bewohnern des Luftmeeres, daß er auch den Flug in unbekannte Höhen wagt.

Das Auto in der Arbeiterkolonne.

Ein Toter, drei Schwerverletzte.

Ein schwerer Unfall, der bis jetzt bereits ein Todesopfer gefordert hat, ereignete sich heute gegen 2 Uhr früh in der Bismarckstraße zu Charlottenburg. Hier ist schon seit längerer Zeit eine Arbeiterkolonne damit beschäftigt, eine Bodenfestigung zu beseitigen und dabei den Fahrdamm auszubessern. Befamlich herrscht am Tage in der Bismarckstraße ein reger Verkehr, so daß die Hauptarbeit erst in der Nacht geleistet werden kann. Weithin sichtbare Lampen, die schon von ferne erkennen lassen, daß sich hier ein Unheil befindet, sorgen für genügende Beleuchtung. Trotzdem hat es heute gegen 2 Uhr früh ein Chauffeur einer Kraftdroschke fertiggebracht, in die Arbeiterkolonne, die jetzt vor dem Hause Bismarckstraße 110 arbeitete, hineinzufahren. Vier Arbeiter wurden vom Wagen erfasst. Im nächsten Augenblick gellten furchbare Schreie aus der dichten Nacht hinaus.

Schnelle Hilfe war bald zur Stelle und sorgte für die Ueberführung der Schwerverletzten Max Wiersch, Jagowstraße, Fritz Wolf, Veltier Straße 48, Heinrich Eichhorn, Steglitzer Straße 26 und Gustav Bayreuth, Uhländstraße, in das Krankenhaus Westend. Die vorgenommene Untersuchung der Verletzten hat bei allen vier schwere Arm- und Beinbrüche ergeben. Weiter stellte der Arzt schwere innere Verletzungen fest. Der Arbeiter Bayreuth erlangte überhaupt nicht mehr die Bewußtsein, er ist heute morgen gestorben. Der Chauffeur der Kraftdroschke, Will Schulz aus Potsdam, gibt an, daß er den Wagen nicht mehr steuern konnte, weil „die Bremsen verlast“ habe. Immerhin läßt die Tatsache, daß der Wagen wegen seiner Beschädigung abgeschleppt werden mußte, darauf schließen, daß der Führer ein unverantwortliches Tempo fuhr und jede Vorsichtsmaßregel dabei einfach außer acht ließ. Es bleibt abzuwarten, was die polizeiliche Untersuchung für ein Resultat geben wird.

Erleichterung der Hundesperre.

Im Amtsblatt der Regierung in Potsdam und der Stadt Berlin ist nunmehr die Bekanntmachung über Erleichterung der Hundesperre in einer Sperrnummer erschienen. Es besteht jetzt ein Sperrbezirk, der gebildet wird aus den Polizeiamtern Jekelndorf, mit Ausnahme der Ortsteile Nikolasssee, Wannsee, Potsdam-Forst, Klein-Glienide-Forst, Pflaumeninsel, Schöneberg, Steglitz, Tempelhofer, Neutölln und Treptow. Alle außerhalb des vorbezeichneten Bezirkes liegenden Teile Berlins sind damit frei von der Hundesperre. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Hunde auch in den sperrfreien Gebieten der Stadt mit einem bißfähigen Maulkorb, und wenn sie frei umherlaufen, mit einem Halsband versehen sein müssen, das die genaue Adresse des Eigentümers oder eine gültige Steuerkarte trägt. Für die aus den Sperrbezirken kommenden Hunde besteht Maulkorb- und Leinwandzwang auch in den sperrfreien Stadtteilen. Die aus den sperrfreien Stadtteilen in Sperrbezirk mitgenommenen Hunde sind gleichfalls an die Leine zu nehmen. Im übrigen sind die frei umherlaufenden Hunde gewissenhaft zu überwachen, und die Besitzer oder Führer sind auch für das etwaige Abstreifen des Maulkorbes verantwortlich.

Eine neue Spreibrücke beim Ringbahnhof Treptow?

Gutem Vernehmen nach besteht endlich wenigstens schon die Absicht, die Verkehrsnot für Fußgänger und Wagen beim Spreibrückübergang am Ringbahnhof Treptow zu beseitigen. Der hier durch eine Kabelleitung entstandene kaum meterbreite Engpass für Fußgänger, über den wir vor einiger Zeit berichteten, ist nach Fertigstellung der Kabelarbeiten glücklicherweise wieder verschunden. Trotzdem sind die Verkehrsverhältnisse an dieser Stelle unhalbar und geradezu kleinlich. Man arbeitet nun an dem Projekt, eine große Fahrbrücke über die Spreewestlich der Ringbahndrücke und ziemlich nahe neben dieser zu errichten. Sie würde dann in der Verlängerung der Eisen- und Eichenstraße liegen und auf der Straßenseite über den östlichen Teil des Ostbahns hinwegführen. Die Ausführung und Vollendung des Baues wird bei der großen Breite der Obersee bei Treptow natürlich Jahre dauern.

Die Berliner Herbstmesse.

Die beteiligten Berufskreise werden Wert darauf legen, schon jetzt über die Lage der Berliner Herbstmesse unterrichtet zu werden, um ihre Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können. Nach der Veröffentlichung finden statt: die dritte Messe der Schuh- und Lederwirtschaft vom 9. bis 12. August, die zweite Fachmesse der Deutschen Bekleidungsindustrie vom 23. bis 27. August, die Berliner Möbelmesse vom 1. bis 6. September, die große Deutsche Funkausstellung vom 4. bis 13. September, die Reichsgastwirtschausexposition vom 13. bis 17. September und die Kino- und Photoausstellung Berlin vom 25. September bis 4. Oktober.

Rindertwoche.

Man lauscht, glaubt an eine Ohrsäule. Rein wirklich, es sind die langgezogenen Töne eines Leiertreffens, die da erklingen! Geht man ihnen nach, so steht man plötzlich auf einem Kummelplatz im Kleinen. Eine Regalbahn gibt es da, Burfbuden, einen Autofahrplatz, ein Hippodrom, einen Erfrischungsraum — alles in billiger Größe, für Menschenlein bis zu zehn Jahren etwa berechnet. Und täglich vormittags von zehn bis zwölf und nachmittags von vier bis sechs Uhr sind Vorführungen in einem Kasperle-Theater, zu denen sich das kleine Volk drängt. Das Ganze dient

Reklamezwecken — der Rinderwoche der Firma Tieh; leider fehlt in den Häusern Frankfurter Allee und Alexanderplatz das Kasperle-Theater — ist aber so hübsch, daß man es sich gern gefallen läßt. Es bedeutet ein Schrittlchen zu der großzügigen amerikanischen Reklame, die es so glänzend versteht, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden und gerade dadurch den Dingen, denen sie dient, die gewünschte Popularität verschafft; Reklame, die verbilligt, nicht verteuert wird. Wie gesagt, es ist ein kleiner Schritt. Das Caffaunfester Leipziger Straße ist sogar ein „Rück“, Schrittlchen — dazu; wie die Werbe-Woche die Preise beeinflusst, müßten die Käuferinnen wissen — ich verstehe davon nichts. Das aber ist gewiß: Die Kinder werden sich freuen.

Schüsse auf dem Wochenmarkt.

Zwei Frauen verletzt.

Auf dem Wochenmarkt in der Trifflstraße, dessen Stände sich zwischen der Antwerpener und Duxenburger Straße erstrecken, wurden gestern auf ganz unerwartliche Weise plötzlich zwei Frauen angeschossen. Die Standhaberin Anna Zemplin aus der Antwerpener Straße und die Witwe Marie Wittig aus der Reinickendorfer Straße schrien plötzlich auf und nahmen wahr, daß sie, die eine am Arm, die andere an der Hand, bluteten. Beide Frauen wurden in das Wichow-Krankenhaus gebracht, und es wurde hier festgestellt, daß die Verwundungen von einem Schuß herrühren müssen. Man hatte auf dem Plage keinen lauten Knall gehört und nimmt daher an, daß jemand unvorsichtigerweise in einem der angrenzenden Häuser mit einem Leßling hantiert hat, wobei der Schuß sich gelöst und die beiden Frauen getroffen hat. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem Schützen blieben erfolglos. Die Verletzungen sind geringfügig.

Ergebnis der Stadtbahn-Verkehrszählung.

Die von der Reichsbahndirektion Berlin am 6. Mai d. J. veranlaßte Verkehrszählung auf der Berliner Stadt- und Ringbahn und den Vorortbahnen hat, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverwaltung mitteilen in der Lage ist, bei dem verständnisvollen Eingehen der Reisenden auf die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung den beabsichtigten Zweck erreicht. Sie wird, wenn ihr Ergebnis vollständig feststeht, der Verwaltung genaue, für den Verkehrsdienst wertvolle Unterlagen über den Umfang und die Verteilung des Personenverkehrs in Groß-Berlin und auf den Vorortstrecken liefern. Das bisherige Ergebnis der Zählung gestattet bereits interessante Einblicke in die Abwicklung des Verkehrs. Es wurde festgestellt, daß am 6. Mai nahezu 1 1/2 Millionen Reisende die Stadt- und Ringbahn und die Vorortbahnen benutzten. Die Feststellungen lassen vor allem die außerordentliche Steigerung der Zahl der Reisenden in den Stunden des Berufsverkehrs zwischen 6 und 8 Uhr vormittags und 4 und 6 Uhr nachmittags erkennen und veranschaulichen, welche Anforderungen in diesen Tagesstunden im Personenbeförderungsdienst zu erfüllen sind. Sie zeigen, auf welcher Höhe sich die Zahl der Reisenden in den Stunden des normalen Tagesverkehrs hält und wie sie allmählich am späten Abend und in den Nachtstunden sinkt. An der Spitze steht der Stadtbahnhof Friedrichstraße, auf dem rund 50 000 Personen täglich abfahren und ebensoviel ankommen. In zweiter Stelle folgt der Bahnhof Alexanderplatz, auf dem über 45 000 täglich abfahrende Reisende gezählt wurden; ähnlich hohe Ziffern weisen der Schlesische Bahnhof und der Potsdamer Ringbahnhof auf. Von Interesse ist auch die aus der Zählung gemonnene Feststellung, in welchem Maße auf einzelnen Bahnhöfen der Berufsverkehr den Verkehr in den übrigen Tagesstunden übersteigt. Auf Bahnhof Siemensstadt-Fürstenbrunn z. B. wurden in den Morgenstunden zwischen 6 und 7 Uhr über 10 000 angekommene Reisende gezählt, während zwei Stunden später die Zahl der angekommenen Fahrgäste nur gegen 100 betrug. Umähernd 90 Proz. des Tagesverkehrs entfällt auf dieser Station auf den Berufsverkehr. Für den Bahnhof Jungfernheide ergab die Zählung ein ähnliches Bild. Auch der Reichsbahnhof wird beurteilen können, welche Schwierigkeiten sich außerordentliche Schwankungen des Verkehrs für die Verwaltung verursachen. Um auch für den Sonntagsverkehr nützliche Unterlagen zu erhalten, soll beabsichtigt sein, am 28. Juni d. J. eine ähnliche Zählung vorzunehmen.

Landwirtschaftliche Betriebszählung und Laubenbesitzer.

Bei der mit der Volks- und Berufsählung am 16. Juni verbundenen Betriebszählung ist für jeden land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb oder Weinbau- oder Gartenbau- oder Fischerbetrieb ein Land- und Forstwirtschaftsbogen auszufüllen. Diese Bestimmung gilt jedoch auch für Lauben- und Kleingartenland, sofern dessen Fläche 500 Quadratmeter (= 5 Ar oder rd. 1/2 preuß. Morgen) oder mehr umfaßt. Bei der heutigen Bedeutung des Berliner Weichbildes und der nicht unerheblichen Bedeutung des in ihm vertretenen, aber schwer übersehbaren Lauben- und Kleingartenlandes ist es nicht ausgeschlossen, daß einzelne Kolonisten oder Kleingarteninhaber, die eine Fläche im vorbezeichneten Umfang bewirtschaften, bei der Ausstellung der Land- und Forstwirtschaftsbogen am 16. Juni übergangen werden. Die betreffenden Kolonisten und Kleingarteninhaber werden deshalb ersucht, sich den von ihnen auszufüllenden Land- und Forstwirtschaftsbogen nötigenfalls auf dem nächstgelegenen Polizeirevier selbst zu besorgen.

„Gegen Unrecht und Willkür in den Gefängnissen“ lautet das Thema einer öffentlichen Versammlung und Kundgebung, die von der Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte veranstaltet, heute abend 8 Uhr im Vahrer Vereinshaus, Alexanderstr. 41, stattfindet. Redner: Dr. med. Kronfeld: „Die Lebens- und Gesundheitsgefährdung der Straf- und Untersuchungsgefangenen bei den herrschenden Zuständen im Justiz- und Gefängniswesen.“ Felix Fehsenbach: „Aus der Praxis des Strafvollzugs.“ Rechtsanwalt und Rotor Dr. Paul Posener: „Justizreform — Gefängnisreform!“ Parteigenossen als Gäste sehr willkommen.

Die Sieger im Gordon-Bennet-Flug.

Die Landungspunkte der am Gordon-Bennet-Fliegen beteiligten Flieger sind nunmehr bekannt. Erster wurde der Belgier Feenstra, der in der Nähe der spanischen Küste niederging und eine Strecke von etwa 1000 Kilometer zurückgelegt hat. Feenstra hat damit alle Teilnehmer am Fliegen bei weitem geschlagen. Zweiter wurde ebenfalls ein Belgier De Rugter, der in der Bretagne gelandet ist, das heißt etwa 700 Kilometer von Brüssel entfernt.

Kreuzberg a. d. Uhr, 11. Juni. (B.Z.) Ein 27jähriger verheirateter Mann und Vater eines Kindes erstickt ein junges Mädchen, versteckt die Leiche unter Stroh in einer Scheune seines Schwiegervaters und zündete diese an. Bei Aufräumungsarbeiten wurde die Leiche gefunden, an der vermutlich ein Stillschleichenbrechen begangen worden ist. Der Täter wurde verhaftet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

16. Kreis Berlin. Freitag, den 12. Juni, 1/8 Uhr Kreisvorstandssitzung Köpenick, Freiheit 5, beim Gewerkschaft. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

25. Tempelhofer. Heute abend findet keine Funktion, sondern eine Funktion für die Funktionäre statt. Lokal Einbe, Werder, Ecke Friedrich-Raststraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seeblickstr. 37/38, Hof 2. 1. Kammerfahrt Kreuzberg, Wkt. Süd-Ost, heute, Donnerstag, den 11. Juni, 7/7 Uhr: Eintritt in Schließliches Lot (Kochhaus) zum gemeinsamen Abmarsch zur Spitzelstraße nach Treptow.

